

märtyrer, der alle Demütigungen, öffentlichen „Massenkritikveranstaltungen“ und eine jahrzehntelange Gefängnishaft erhobenen Kopfes überstanden hat (SCMP, 15.3.00). -we-

9 Quasi-OAU-Tagung in China?

Im Oktober 2000 findet in Beijing das „Forum über sino-afrikanische Zusammenarbeit“ statt, zu dem die VRCh die Außen- und Handelsminister aller afrikanischen Staaten einladen will. Diese Einladung bedeute, wie der Regierungssprecher in Beijing am 14. März hervorhob, einen neuen Anlauf der chinesischen Seite, um im neuen Jahrhundert die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten zu stärken und die gemeinsame Entwicklung voranzubringen (XNA, 16.3.00).

Seit Jahren gehört China mit zu den engagiertesten Befürwortern eines Zusammenschlusses aller afrikanischen Länder. Manchmal gewinnt man den Eindruck, als würde China die Einigungsbemühungen am liebsten selbst in die Hand nehmen. Da dies nicht möglich ist, findet sich das OAU-Anliegen nun sozusagen nach China verpflanzt. Allerdings erfährt China immer wieder die Grenzen seines diplomatischen Einflusses in Afrika: Erstens gibt es dort immer noch eine Reihe von Staaten, die an Beziehungen zu Taiwan festhalten und zweitens bleiben auch chinesische Schlichtungsanstrengungen ohne nachhaltigen Erfolg, sei es nun, dass China vergeblich auf die Konfliktparteien Äthiopien und Tschibuti einzuwirken versucht (XNA, 31.3.00), oder sei es, dass es – ebenfalls ohne Erfolg – die Rebellen in Sierra Leone zur Zusammenarbeit mit der Regierung aufgerufen hat (XNA, 15.3.00). -we-

10 Konflikt mit Australien wegen illegaler Zuwanderungen aus China

Nach Erkenntnis der australischen Behörden sind in den vergangenen vier Jahren 1.452 „boat people“ illegal an den australischen Küsten gelandet – und zwar durchwegs Chinesen aus der VR China. 1.447 von ihnen seien inzwischen repatriert worden, sagte Einwanderungsminister Philipp

Raddock (Radio Australia, in SWB, 29.2.00).

Da Australiens Küsten sich auf 35.000 km erstrecken, gehen die Behörden davon aus, dass die Dunkelziffer der Zuwanderer hoch ist. Flüchtlinge, die den Behörden gleichwohl ins Netz gehen, werden in Lager interniert, die sich zum Teil in Wüstencamps befinden.

Menschenrechtsorganisationen haben bereits die unzureichende Asylpolitik Australiens kritisiert: Oft dauere es Jahre, bis über einen Asylantrag entschieden werde.

Australien wehrt sich mit dem Gegenstand, dass an seinen Küsten permanent krimineller „Menschenschmuggel“ stattfindet. Kriminelle Banden trieben einen schwunghaften Handel mit Immigranten vor allem aus Fujian, die auf dem Fünften Kontinent eine neue Heimat suchten (SCMP, 21.1.00).

Die Behörden der VR China waschen ihre Hände in Unschuld. Ursächlich für das Immigrationsproblem seien die „laxen Einwanderungsbestimmungen des Landes“, heißt es (Radio Australia, in SWB, 4.2.00). -we-

Innenpolitik

11 Vierte Führungsgeneration: Jiang Zemin signalisiert Verzicht auf das Amt des KP-Generalsekretärs ab 2002

Laut Hongkonger Meldungen soll Jiang Zemin in inoffiziellen Gesprächen seine Bereitschaft signalisiert haben, zum XVI. Parteitag im Herbst 2002 von seinem Amt als Generalsekretär der KPCh abzutreten. Von den sieben Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros sollten nach seiner Ansicht im Jahr 2002 nur zwei in diesem Gremium verbleiben, nämlich der 57-jährige stellvertretende Staatspräsident Hu Jintao sowie der 65-jährige Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz Li Ruihuan (SCMP, 4.5.00).

Zuletzt waren Spekulationen laut geworden, wonach Jiang eine dritte Amtszeit bis 2007 anstrebe – die Ver-

fassung begrenzt zwar die Amtsdauer hoher Regierungsbeamter auf zwei Amtsperioden, nicht aber die hoher Parteifunktionäre (vgl. C.a., 2000/2, Ü 12). Innerhalb der Führung scheint nur eine relativ kleine Gruppe derer, die angesichts der gegenwärtig als „kritisch“ empfundenen politischen Lage einen Führungswechsel generell fürchten, die Weiterführung des Generalsekretäramtes durch Jiang zu präferieren. Stärker verbreitet scheint dagegen die Überzeugung, dass die Führungsspitze verjüngt werden und Jiang Zemin folglich seinen Platz räumen sollte (*Dongxiang*, 2000/4, S.6-8). Nicht zuletzt dürften die Beispiele der zuletzt gewählten „jungen“ Präsidenten Russlands und Taiwans, Vladimir Putin und Chen Shuibian, hier einen gewissen Einfluss ausüben.

Wenn die Meldung zutrifft, ist damit der Weg für einen Vertreter der jüngeren Generation als Nachfolger im de facto höchsten politischen Amt der Volksrepublik frei. Wie bereits zuvor berichtet, konkurrieren um das Amt gegenwärtig Hu Jintao und der 60-jährige Zeng Qinghong, seit März 1999 Leiter der Organisationsabteilung der Partei. Von den beiden erfreut sich Hu Jintao größerer allgemeiner Beliebtheit. Von Jiang Zemin selbst wurde er auf Grund seines aktiven Einsatzes insbesondere im Bereich ideologischer Arbeit mehrfach gewürdigt und angeblich auch explizit als Nachfolger im Amt des Generalsekretärs empfohlen (ebd.).

Demgegenüber scheint Zeng Qinghong über einen besseren Zugang zum Zentrum politischer Macht zu besitzen: In seinem Amt als Leiter der Organisationsabteilung, in dem er zahlreiche wichtige Kompetenzen und Kontakte in den Bereichen Diplomatie, Sicherheit, Nachrichtenwesen und Militär sammeln konnte, ist er angeblich einzig Jiang Zemin gegenüber rechenschaftspflichtig. Auch in personalpolitischen Fragen hat er zunehmend seinen Einfluss geltend gemacht. Profilieren konnte er sich zudem zuletzt durch eine Auslandsreise, die ihn nach Australien, Neuseeland, Südkorea und Japan führte. Diese privilegierte Stellung, die Zeng Qinghong in den Augen vieler Beobachter als Mitglied der so genannten „Shanghai-Fraktion“ um Jiang Zemin und persönlicher Schützling Jiangs zukommt,

scheint ihm allerdings wiederum die politische Missgunst seiner Kollegen einzutragen und seine Beliebtheit zu schmälern (SCMP, 12.4.00).

Eine ähnliche Konstellation besteht in der Frage der Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten, für das Zhu Rongji eigenen Ankündigungen zufolge für die nächste Amtsperiode ab 2003 nicht mehr antreten will. Als am besten geeigneter Kandidat wird hier der 57-jährige Wen Jiabao, gegenwärtig stellvertretender Ministerpräsident, gehandelt, der einschlägige Verwaltungserfahrungen in zentralen Bereichen wie Landwirtschaft, Finanzpolitik und der seit diesem Jahr verstärkt betriebenen Entwicklung Zentral- und Westchinas aufweisen kann. Aus einer elitistischen Perspektive scheint er allerdings trotz seiner fachlichen Kompetenzen dem 55-jährigen Li Changchun, gegenwärtig Parteichef der Provinz Guangdong, unterlegen, der ebenfalls der Shanghai-Fraktion zugeordnet wird und die persönliche Unterstützung Jiang Zemins genießen soll. Im Vorfeld der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März dieses Jahres war daher gemutmasst worden, Li werde in Vorbereitung auf die Nachfolge Zhu Rongjis zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt werden. Tatsächlich blieb dieser Schritt jedoch aus, sodass weiterhin offen ist, wer die Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten im Jahr 2003 antreten wird (ebd.; vgl. auch C.a., 2000/2, Ü 12, Ü 16).

Der Prozess der Herausbildung der neuen Führungsgeneration, die in den Jahren 2002/2003 die politische Spitze bilden wird, reflektiert damit die Fähigkeit der chinesischen Führung, sich selbst zu verjüngen. Zugleich stellt dieser Prozess aber auch einen Gradmesser des erfolgreichen Übergangs von herkömmlichen parteipolitischen Selektionsmechanismen fraktioneller Machtkämpfe hin zu stärker problemlösungsorientierten Mechanismen der Selektion auf Grund administrativer Kompetenzen dar. -hol-

12 Kampagne zur Korruptionsbekämpfung in Guangxi: harte Maßnahmen gegen Cheng Kejie und andere hochrangige Partei- und Regierungsmitglieder

Nach der Aufdeckung umfangreicher Korruptions- und Schmuggelskandale in den südchinesischen Provinzen Guangdong und Fujian haben die chinesischen Behörden auch die Autonome Region Guangxi verstärkt ins Visier genommen (vgl. C.a., 2000/1, Ü 7). Bereits seit letztem Jahr soll in der an Vietnam grenzenden und als Schmuggelparadies berüchtigten Region eine größere Untersuchungskampagne laufen (IHT, 21.4.00).

Vor dem Hintergrund der Jahrestagung des Nationalen Volkskongress (NVK) im März dieses Jahres, auf der die Führungsspitze ihre Entschlossenheit zur Bekämpfung der grassierenden Korruption beschwor - und durch die zeitgleiche Hinrichtung des ehemaligen Vize-Provinzgouverneurs Hu Changqings ein mahnendes Exempel statuierte - erschienen im April zahlreiche Medienberichte, die am Beispiel Guangxi eben diese Entschlossenheit demonstrierten (vgl. C.a., 2000/3, Ü 14).

Großen Raum nahm der Fall des stellvertretenden Vorsitzenden des NVK, Cheng Kejie, ein, dessen Abwesenheit auf der Jahrestagung im März seine Korruptionsdelikte überhaupt erst an die Öffentlichkeit brachte. Zwischen 1992 und 1998 soll Cheng Kejie in seiner Funktion als Vorsitzender der Autonomen Region Guangxi durch direkte Vergabe von Bauprojekten und anderen öffentlichen Ausschreibungsprojekten sowie durch den „Verkauf“ von Ämtern rund 40 Mio. Yuan an Bestechungsgeldern und illegalen Profiten erhalten haben. Das Geld floss durch die Hände einer Geliebten; der 66-jährige Cheng soll angegeben haben, das Geld für die Heirat mit dieser Frau gespart zu haben (*Ming Pao*, 18.4.00, nach SWB, 20.4.00; *Guangzhou Ribao*, 19.4.00, nach SWB, 29.4.00; XNA, 20., 21.4.00).

Nach Hongkonger Angaben wurde Cheng bereits im August 1999 unter Hausarrest gesetzt (SCMP, 21.4.00). In einem parteiinternen Dokument von Mitte April, dessen Verteiler-

schlüssel bis hinunter auf die Kreisebene reichte, wurde nun sein Ausschluss aus der KPCh bekannt gegeben. Zudem legte das Dokument nahe, dass Cheng Kejie sich auch in seinen Ämtern als Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender des NVK disqualifiziert habe und ferner mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen habe. Auch die offiziellen Medien berichteten wenige Tage später über den Parteausschluss - gemäß des Diktums, dass sich Partei und Korruption wie Feuer und Wasser zueinander verhielten - und kündigten an, dass der Fall den Gerichten übertragen würde (*Ming Pao*, 18.4.00, nach SWB, 20.4.00; RMRB, 21.4.00).

Die Entscheidung, den Fall den Gerichten zu überantworten, markiert, wie auch schon im Fall des im März hingerichteten Hu Changqing, die jüngste Abkehr von der bisher üblichen diskretionären Handhabung von Korruptionsdelikten hochrangiger Funktionäre durch die Zentrale Disziplinungskontrollkommission, die sich meist auf parteiinterne Disziplinierungsmaßnahmen beschränkte. Formal wurden die Voraussetzungen für eine strafrechtliche Verfolgung Cheng Kejies geschaffen, als der Ständige Ausschuss des NVK auf einer Sitzung am 25. April beschloss, ihn von seinen Kongressämtern zu entheben und damit seine Immunität aufzuheben. Chengs offizielle Verhaftung und Übergabe in die Verantwortlichkeit des Obersten Volksgerichtshofs folgte am nächsten Tag (XNA, 25., 26.4.00; RMRB, 27.4.00).

Beobachter rechnen mit einem Todesurteil gegen Cheng Kejie, zumal Jiang Zemin sich persönlich entschlossen gezeigt haben soll, gegen das Korruptionsproblem mit aller Härte vorzugehen. Gegen eine solche rigorose Lösung des Falls könnten allerdings Erwähnungen in Parteidokumenten sprechen, wonach Cheng alle seine Vergehen gestanden und sich bereit erklärt habe, die illegal erworbenen Gelder an den Staat zurückzuzahlen. Hier könnte sich ein Versuch von Seiten der Partei andeuten, Cheng eine Hintertür zur Umgehung der Todesstrafe zu öffnen (*Ming Pao*, 22.4.00, nach SWB, 25.4.00).

Neben Cheng Kejie werden auch mehrere weitere hochrangige Partei- und

Regierungsfunktionäre aus Guangxi verfolgt. Am 23. April wurde Li Chenglong, ehemaliger stellvertretender Bürgermeister Guiyangs, wegen Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von knapp 4 Mio. Yuan (rund 1 Mio. DM) hingerichtet, nachdem er bereits im Januar 1999 zum Tode verurteilt und Revision des Urteils abgelehnt worden war. Ebenfalls wegen Korruption wurde Xu Bingsong, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Autonomen Region Guangxi, zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt. Festgenommen wurden außerdem fünf weitere Personen: der ausführende stellvertretende Vorsitzende der Regierung der Autonomen Region Guangxi, Liu Zhibing, die stellvertretenden Parteisekretäre Guangxis, Gan Weiren und Mao Xuhui, der Direktor der Finanzabteilung der Partei, She Guoxin, und der frühere Bürgermeister Nannings, Du Baocheng. Ihre Fälle werden zunächst von den Disziplin-kontrollorganen der Partei überprüft werden (*Tai Yang Pao*, 8.4.00, nach SWB, 13.4.00; XNA, 23.4.00; SCMP, 20., 26.4.00). -hol-

13 Kritik an vier hochrangigen Mitgliedern der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften wegen Verwestlichung und Liberalisierung

Im Zuge eines von Jiang Zemins persönlich angeleiteten Propagandafeldzugs gegen Verwestlichung und Liberalisierung erfuhren Anfang April in Beijing vier hochrangige Mitglieder der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASW) scharfe Kritik. Bei den betroffenen Akademikern handelt es sich um Li Shenzhi, ehemaliger Diplomat und stellvertretender CASW-Präsident im Ruhestand, Liu Junning, Professor am politikwissenschaftlichen Forschungsinstitut der CASW, Fan Gang, stellvertretender CASW-Direktor, Direktor des dortigen Doktorandenprogramms und zugleich Direktor einer Consulting-Firma, sowie Mao Yushi, ehemals Ökonom am CASW und nun ebenfalls in einer Consulting-Firma tätig. Alle vier Personen wurden aus der Akademie ausgeschlossen - für die bereits im Ruhestand stehenden Li Shenzhi und Mao Yushi bedeutet dieser

Ausschluss in erster Linie eine Degradierung, während Liu Junning und Fan Gang damit zugleich ihre Arbeitsplätze verlieren. Für alle aber impliziert der Ausschluss aus der Akademie zugleich das Verbot der Verbreitung ihrer Publikationen sowie ein Vortrags- und Lehrverbot (*Ping Kuo Jih Pao*, 4.4.00, nach SWB, 7.4.00; IHT, 12.4.00).

Ausgelöst wurde die Kritikkampagne angeblich durch einen Artikel Li Shenzhis aus Anlass des 50. Jahrestags der Gründung der Volksrepublik China im Oktober letzten Jahres, der im Dezember von anonymer Seite auf eine chinesischsprachige Website im Internet gestellt worden sein und auf diesem Weg zahlreiche Leser gefunden haben soll.

In dem Artikel mit dem Titel „Fünfzig Jahre Panik, Prozesse und Leid: Einsame nächtliche Gedanken zum Nationalfeiertag“ (aus dem Englischen; chinesisches Original liegt nicht vor) wandte sich Li gegen die kostenträchtige Inszenierung eines grandiosen Festtagsspektakels, das in seinen Augen in krassem Widerstand zu der leidvollen, von politischen Exzessen und blutigen Auseinandersetzungen geprägten Geschichte der Volksrepublik stünde. Zwar sei durch die Reformpolitik Deng Xiaopings gegenüber den ersten dreißig Jahren eine Milderung der Exzesse zu verzeichnen gewesen; das Wesen des Systems und die ideologische Ausrichtung hätten sich jedoch nicht verändert. Seit 1989 seien kritische Intellektuelle beinahe vollständig von der Bildfläche verschwunden. Von offizieller Seite seien zunehmende Anstrengungen unternommen worden, durch Schönfärberei und Fälschung der Geschichte, die zum 50. Jahrestag ihren Höhepunkt erreicht hätten, das nationale Bewusstsein und Gedächtnis zu manipulieren. Der Unmut in der Bevölkerung nehme stetig zu und drohe, die gesellschaftliche Stabilität zu gefährden.

Um die Stabilität der Gesellschaft zu wahren, so forderte Li Shenzhi daraufhin von Jiang Zemin, solle sich dieser endlich zu politischen Reformen entschließen; ein Stillstand oder Rückschritt in den Reformen würde zum Verlust der Stabilität führen. Ebenso, wie in der Vergangenheit die Marktwirtschaft als kompatibel mit dem So-

zialismus erklärt wurde, könne auch die parlamentarische Demokratie mit diesem als kompatibel erklärt werden. Insbesondere dem weit verbreiteten Problem der Korruption, das die Bevölkerung zunehmend entfremde, könne nur durch ein demokratisches System Einhalt geboten werden. Nur durch beherzte Reformen könne das Erbe Deng Xiaopings, Mao Zedongs und der Kommunistischen Partei fortgesetzt werden (Zusammenfassung des 70.000-Zeichen langen chinesischen Textes in *Sing Tao Jih Pao*, 12.2.00, nach SWB, 17.2.00).

Die provokante Rhetorik dieses Artikels konnte einen offiziellen Gegen-schlag erwarten lassen. Dass allerdings neben dem prominenten, auf Grund seines hohen Alters und Rangs weitgehend „unantastbaren“ Li Shenzhi auch andere internationale als liberale Denker bekannte Personen offizieller Kritik ausgesetzt wurden - Liu Junning als Vertreter politischer, Mao Yushi und Fan Gang als Vertreter wirtschaftlicher Liberalisierung - deutet auf eine weiter ausgreifende, systematisch formulierte Propagandakampagne, die sich auf intellektuelle Kreise im ganzen Land auswirken könnte.

Im Hintergrund der jüngsten Kampagne kann auch ein Vorfall innerhalb der Führungsspitze im letzten Herbst gesehen werden, der Anlass für Kritik an einem „neuen Wind der Liberalisierung innerhalb der Partei“ gegeben hat. Hongkonger Quellen zufolge hatte Tian Jiyun, Politbüromitglied und stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses, zur Vorbereitung auf das Vierte Plenum des XV. KP-Zentralkomitees im September 1999 einen Vorschlag zur politischen Reform unterbreitet. Darin empfahl er unter anderem, die Partei der Verfassung zu unterstellen und ihre Macht durch ein entsprechendes rechtliches Rahmenwerk effektiv zu beschränken; der Nationale Volkskongress sollte in die Lage versetzt werden, die ihm nominal zugedachte Rolle als „höchstes Organ der Staatsmacht“ real auszufüllen, und die Politische Konsultativkonferenz sollte echte politische und legislative Beratungsfunktionen übernehmen. Mit diesem Vorschlag erregte Tian Jiyun heftige Kritik; persönlich soll er daraufhin als „Vertreter einer neuen Liberalisierung“

(*xin ziyouhua daibiao renwu*) angegriffen worden sein. Seinem im Februar eingereichten Rücktrittsgesuch wurde angeblich mit Verweis auf den widrigen internationalen Eindruck, den ein solcher Schritt auslösen würde, nicht stattgegeben, de facto aber sollen seine Funktionen innerhalb der Politbüros und des Nationalen Volkskongresses bereits an Kollegen übergeben worden sein (*Dongxiang*, 2000/4, S.9-11).

Bereits seit Dezember 1999 soll Jiang Zemin mehrere interne Reden gehalten haben, in denen er vor einer sich zuspitzenden Krise der KPCh-Herrschaft warnte und ideologischen Zusammenhalt, Disziplin und Loyalität der Parteimitglieder beschwor. Im Januar soll Jiang einen vehementen Angriff gegen „westliche Kräfte“ unternommen haben, die versuchten, China zu spalten; in diesem Zusammenhang soll auch beschlossen worden sein, gegen verschiedene liberale Akademiker vorzugehen, die einer so genannten „Oppositionsgruppe innerhalb der Partei“ zugerechnet wurden (*Dongxiang*, 2000/3, S.16-18; IHT, 12.4.00).

Anfang April wurde schließlich in den offiziellen Medien eine Rede von Jiang Zemin veröffentlicht, die von Beobachtern als inhaltliches Programm der jüngsten Anti-Liberalisierungskampagne identifiziert wurde. In dieser Rede betonte Jiang das Festhalten am Marxismus als wesentliches Prinzip der ideologischen und politischen Arbeit der Partei und lehnte eine Pluralisierung der herrschenden Ideologie grundsätzlich ab. Im Zuge der wirtschaftlichen Reformen, so führte er aus, seien zahlreiche neue Herausforderungen entstanden. So seien die ökonomischen Anreize und Vorteile neu verteilt worden; gesellschaftliche Lebensweisen, Formen der sozialen Organisation und der Berufsausübung seien zunehmend vielfältiger geworden; die Auswirkungen des Internet und anderer neuer Informationskanäle auf die ideologische Verfassung der Bevölkerung werde zunehmend spürbar: Dies alles habe zu einer Pluralisierung der ideologischen Konzepte und Werte, schärferen Interessensunterschieden, größeren ideologischen Problemen und komplizierteren Widersprüchen in der Bevölkerung geführt, die die ideologische Arbeit der Partei vor gewaltige Aufgaben stellten. Neue Methoden müssten

entwickelt werden, um die kommunistischen Ideale stärker in der Gesellschaft zu verankern. Dazu müssten positive Erziehungsmaßnahmen mit restriktiven Regulierungs- und Disziplinierungsmaßnahmen verbunden werden; wissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Errungenschaften sollten zur effizienten Vermittlung ideologischer Kerninhalte herangezogen werden (RMRB, 3.4.00).

Diese Rede reflektiert in eindringlicher Weise das Dilemma der politischen Herrschaft der KPCh im Reformprozess: Einerseits wird der - in westlicher Sicht häufig optimistisch als unaufhaltsam charakterisierte - Prozess der gesellschaftlichen Pluralisierung klar erkannt. Andererseits aber wird das einzige Mittel zum Umgang mit dieser Pluralisierung in umso beharrlicherem Rückgriff auf überkommene ideologische Überzeugungen gesehen, wobei die Beschwörung innovativer Methoden der ideologischen Erziehung die Ratlosigkeit der Führung angesichts der beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen noch unterstreicht. -hol-

14 „Drei Repräsentationen“: Kernelement in der Kanonisierung der „Jiang-Zemin-Ideen“?

Seit Beginn dieses Jahres zeichnen sich verstärkte Bemühungen der parteistaatlichen Führung ab, einen Kanon festgefügtter „Jiang-Zemin-Ideen“ (*Jiang Zemin sixiang*) zu etablieren, der sich dazu eignen soll, die ideologische Reihe der „Mao-Zedong-Ideen“ und der „Deng Xiaoping-Theorie“ ebenbürtig fortzusetzen (vgl. C.a., 2000/2, Ü 2). Maßgeblich an diesem Kanonisierungsprozess beteiligt sind die Propaganda- und die Organisationsabteilung der KPCh sowie die Parteiorgane *Volkszeitung* und *Qiushi*.

Generell wird die inhaltliche Ausfüllung des neuen Ideengebäudes dadurch erschwert, dass Jiang Zemin seit seiner Amtseinstellung als Generalsekretär der KPCh im Juni 1989 in erster Linie damit beschäftigt war, die gesellschaftliche und politische Stabilität des Landes unter Aufbietung traditioneller ideologischer Lehren und parteipolitischer Verhaltensmuster aufrechtzuerhalten,

anstatt innovative Neuerungen des ideologischen Systems oder grundsätzlich neue reformpolitische Strategien einzusetzen. Bis auf die stärkere Präsenz Jiang Zemins auf der internationalen Bühne fällt es schwer, seine Politik inhaltlich von der Politik Deng Xiaopings abzusetzen. Wie rhetorische Ausführungen hochrangiger Politiker in der jüngeren Vergangenheit zeigen, baut die theoretische Herleitung der „Jiang-Zemin-Ideen“ wesentlich auf zentralen Komponenten der „Deng-Xiaoping-Theorie“ auf. Als Eigenleistung Jiang Zemins wird dabei in erster Linie die Bereicherung und Anhebung dieser Theorie unter den zunehmend komplexer werdenden inländischen und internationalen Verhältnissen hervorgehoben (*Zhengming*, 2000/5, S.12, 14).

Vor dem Hintergrund dieses relativ blassen Erscheinungsbildes der „Jiang-Zemin-Ideen“ hebt sich ein neues Konzept ab, das seit März verstärkt in die offiziellen Medienberichterstattung vorgedrungen ist und offensichtlich als ein Kernelement des zukünftigen Ideengebäudes dienen soll. Es handelt sich um die Jiang Zemin persönlich zugeschriebene Idee der „drei Repräsentationen“ (*san ge daibiao*), die die hohe Bedeutung der Kommunistischen Partei im Modernisierungsprozess des Landes zum Ausdruck bringen soll: Die „drei Repräsentationen“ bezeichnen die Vertretung der fortgeschrittenen Produktivkräfte, der fortgeschrittenen chinesischen Kultur und der fundamentalen Interessen des Volkes durch die KPCh (ebd.; SCMP, 30.3.00; *Zhejiang Ribao*, 3.4.00, nach SWB, 21.4.00; XNA, 18.4.00).

Mit ihrem Rückgriff auf die kommunistische Orthodoxie und der Bestätigung des politischen und ideologischen Alleinvertretungsanspruchs der KPCh kann das neue Konzept kaum als innovativer Beitrag zu dem neu zu etablierenden Ideengebäude bewertet werden. Wenn es überhaupt eine programmatische Aussage enthält, ist diese wohl am ehesten in der Ablehnung jeglicher pluralistischer Tendenzen zu erkennen und bestätigt somit die gegenwärtige Neigung der parteistaatlichen Führung, auf Herausforderungen ihrer Herrschaft mit zunehmend aufwendigen ideologischen Gegenmaßnahmen zu reagieren.

Offenbar in dem Bemühen, dem neuen Konzept der „drei Repräsentationen“ ideologische und organisatorische Realität zu verleihen, wird es seit Ende März im Zusammenhang der Kampagne der so genannten „Erziehung in den 'Drei Betonungen' (Studium, Politik und gute Führung)“ verbreitet, die seit dem Herbst 1998 zur ideologischen Ausrichtung von Partei- und Regierungsfunktionären auf den verschiedenen administrativen Ebenen durchgeführt wird (vgl. C.a., 1999/10, Ü 8). Auch die Volksbefreiungsarmee hat angekündigt, ihre Angehörigen der doppelten Kampagne der „drei Repräsentationen“ und der „drei Betonungen“ zu unterziehen, um die Basis der Parteiherrschaft zu stärken. Die „drei Repräsentationen“ sollen dabei als „mächtige ideologische Waffe“, Kerninhalt und Erfolgsmaßstab der „Erziehung in den 'Drei Betonungen'“ dienen, wobei es nicht auf leere Worte, sondern auf echte Taten ankäme (SCMP, 30.3.00; XNA, 18.4.00). -hol-

15 Ein Jahr danach: Der Falungong-Konflikt und seine Austragung vor der internationalen Öffentlichkeit

Der 25. April 1999 markierte das Datum, an dem die Falungong-Bewegung mit der „Demonstration der Zehntausend“ im Zentrum Beijings in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit trat (seither regelmäßig in *China aktuell* dokumentiert; vgl. fortlaufende Hefte). Ein Jahr später, am 25. April dieses Jahres, gelang es Falungong-Anhängern erneut, trotz eines erheblichen Aufgebots an Sicherheitskräften, auf dem Tiananmen-Platz in Beijing auf sich aufmerksam zu machen und gegen das Verbot von Falungong in China zu protestieren.

Die zahlreichen kleineren Gruppen von Falungong-Anhängern, die sich sporadisch aus der Touristenmenge lösten, um Banner zu entrollen oder ihre Meditationspose einzunehmen, wurden jeweils umgehend von Sicherheitskräften umzingelt und vor den Augen der Umstehenden festgenommen; insgesamt dürfte die Zahl der Protestierenden über 100 gelegen haben. Wie von den Demonstranten beabsichtigt, berichteten die internationalen Medien ausführlich über die Er-

eignisse, begleitet von eindringlichen photographischen Aufnahmen einzelner Demonstrationsszenen. Die Berichte boten zugleich Gelegenheit, den einjährigen Konflikt zwischen Falungong und der staatlichen Führung der Volksrepublik zu rekapitulieren, im Verlauf dessen bisher nach offiziellen Angaben mindestens 84 Personen zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt und nach inoffiziellen Angaben mindestens 14 Personen in Polizeigewahrsam gestorben und rund 5.000 Personen in Arbeitslager verbracht worden sein sollen (vgl. IHT, 21., 26.4.00; NZZ, 26.4.00; FAZ, 26.4.00).

Die jüngsten Demonstrationen, begleitet von einem Aufruf des in den USA lebenden Falungong-Gründers Li Hongzhi zum Dialog mit der chinesischen Regierung, bildeten den vorläufigen Höhepunkt der Austragung des Konflikts in der Sphäre der internationalen Öffentlichkeit. Bereits seit Ende März hatte die Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf (vgl. Übersicht oben) Anlass für eine Intensivierung des Konflikts vor der internationalen Öffentlichkeit gegeben.

So sorgten die chinesischen Behörden dafür, dass in Genf als Gegengewicht zu den dort organisierten Demonstrationen und Anhörungen von Falungong-Anhängern auch Falungong-kritische Stimmen zu Wort kamen. Neben Experten und offiziellen Mitgliedern der chinesischen Delegation äußerten sich auch „Betroffene“ über die schädliche gesellschaftliche Wirkung und die „Verletzung von Menschenrechten“, die der Falungong-„Kult“ in China verursacht habe. Nicht nur Falungong-Organisationen, sondern auch politische Vertreter und Medien im westlichen Ausland wurden beschuldigt, das Wirken des „Kultes“ zu verharmlosen und „Lügen“ über das repressive Vorgehen der chinesischen Justiz zu fabrizieren. Dies sei umso weniger gerechtfertigt, als auch der Westen negative Erfahrungen mit gefährlichen Sekten und „Kulten“ aller Art gemacht habe und mit der gebotenen Härte gegen diese vorgegangen sei, während dieses Recht der chinesischen Regierung abgestritten würde. Insbesondere die USA legten hier „doppelte Standards“ an. Tatsächlich benutze die amerikanische Führung Falungong

als „Ausrede“, um die Volksrepublik zu attackieren; der Aspekt des Schutzes der Menschenrechte sei dabei nur vorgeschoben (XNA, 27.3., 12., 15., 18., 20., 21.4.00).

Mitte April berichtete das Hongkonger Information Centre of Human Rights and Democratic Movement in China, das die internationalen Medien seit Beginn des Falungong-Konflikts regelmäßig mit Daten über Demonstrationen, Festnahmen und Verurteilungen versorgt hat, von einer neuen Verhaftungswelle. Nach erneuten Demonstrationen von Falungong-Anhängern auf dem Platz des Himmlichen Friedens am 13. April, die darauf abgezielt haben sollen, die UNO-Menschenrechtskommission auf die anhaltend repressive Situation in China aufmerksam zu machen, seien über 200 von ihnen festgenommen worden (Information Centre of Human Rights and Democratic Movement in China, 13.4.00, nach SWB, 15.4.00; vgl. auch IHT, 14.4.00; NZZ, 14.4.00).

Die offiziellen chinesischen Medien gingen in diesem Fall, anstatt wie üblich über derartige Vorfälle zu schweigen, zur Gegenoffensive über. In einem Artikel in der *Volkszeitung* wenige Tage später, griffen sie den Bericht des „so genannten“ Hongkonger Informationszentrums explizit auf, um ihn in eine Reihe mit anderen „Übertreibungen“ der ausländischen Medien in ihrer Berichterstattung über Falungong zu stellen. Sie täten damit nichts anderes, als den „Anti-China-Elementen“ in den USA zuzuarbeiten, die Falungong längst als „Werkzeug“ für ihre eigenen Zwecke eingesetzt hätten (RMRB, 18.4.00).

Ähnlich verfahren die offiziellen Medien mit einem Bericht von Tracy Zhao, einer ethnischen Chinesin mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft, vor dem US-amerikanischen Kongress. Die Falungong-Anhängerin Tracy Zhao war im Februar dieses Jahres von chinesischen Sicherheitsbehörden eine Woche lang festgehalten worden, nachdem sie an Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz teilgenommen hatte (vgl. C.a., 2000/2, Ü 14). In ihrer Anhörung vor dem Kongress Anfang März hatte sie von unmenschlicher, teilweise gewalttätiger Behandlung berichtet, die sie und

ihre Mitgefangenen in einer Beijing-er Strafanstalt erfahren haben sollen. In der offiziellen Gegendarstellung wurde ihre Schilderung nun interessanterweise im Detail wiedergegeben, um diese daraufhin in noch größerem Detail zu widerlegen. So wurden Insassen mit Angaben darüber zitiert, wie oft Zhao sich während ihres Aufenthalts geduscht habe; der angeblich schlechten Behandlung der Insassen wurde entgegengehalten, dass es sich bei der besagten Strafanstalt um die modernste und am besten ausgestattete Anstalt in ganz Beijing handle, deren humanitäre Behandlung der Insassen in der Vergangenheit sogar von UN-Kommissaren bestätigt worden sei (XNA, 27.4.00).

Die erneute Ablehnung des US-amerikanischen Vorschlags einer Resolution gegen die Volksrepublik China durch die Mehrheit der 53 Mitglieder der UNO-Menschenrechtskommission am 18. April dürfte kaum auf die dargestellten offiziellen Public-Relations-Maßnahmen der chinesischen Seite zurückzuführen sein. Jedoch zeigen deren Bemühungen, dass die unverminderte Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit zumindest in mittelbarer Weise einen Zwang auf die staatlichen Autoritäten in China ausübt, dem inländischen Publikum, wenn nicht umfassende Informationen, so doch relevante Hinweise über den fortdauernden, bisher nicht bewältigten Konflikt zur Verfügung zu stellen. -hol-

16 Massenprotest von Bergleuten in der Provinz Liaoning

Durch Recherchen der US-amerikanischen *Washington Post* ist Anfang April bekannt geworden, dass bereits Ende Februar in Yangjiazhangzi, einem in der Nähe der Stadt Huludao an der Bohai-Bucht in der nordöstlichen Provinz Liaoning gelegenen Bergbau-Zentrum, rund 20.000 Bergleute gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze protestiert haben (FT, 3.4.00; IHT, 6., 7., 8./9.4.00).

Wie üblich war über die Proteste in den chinesischen Medien nicht berichtet worden; nachdem aber Gerüchte über die Ereignisse bis nach Beijing durchgedrungen waren, wurde deren

Verlauf vor Ort durch Interviews ausländischer Korrespondenten eruiert.

So weit bekannt wurde, handelte es sich bei den Protestierenden um Bergleute einer großen Molybdän-Mine, die in der Vergangenheit bis zu 35% des chinesischen Bedarfs an diesem Metall gedeckt hat. Die Mine war im November 1999 geschlossen und den Arbeitern seither keine Löhne ausbezahlt worden. Im Februar dieses Jahres schlugen die Behörden eine Abfindungslösung vor, nach der jeder Arbeiter pro Jahr seiner Beschäftigungsdauer in der Mine einen Fixbetrag von RMB 560 (Rund DM 140) erhalten sollten. Aus diesem Betrag sollten Ausgaben für Kranken- und Rentenversicherung beglichen werden, sodass nur ein geringfügiger Restbetrag als verfügbares Einkommen übrig bliebe, der die Lebenshaltung der betroffenen Familien für maximal zwei Jahre sichern würde.

Aufgebracht seien die Bergleute zudem durch die hochgradige Intransparenz, mit der Anteile der bis dahin als Staatsunternehmen geführten Mine in private Hände veräußert worden seien. Nach landläufiger Vorstellung seien die noch profitablen Unternehmensteile sowie mobile Vermögensanteile unter der Hand verschachert, die finanziellen Erlöse aber den Beschäftigten vollständig vorenthalten worden.

Am 27. Februar sollen sich daraufhin mehrere tausend Bergleute vor dem Hauptsitz des Betriebs versammelt und eine offizielle Stellungnahme der Unternehmensführung gefordert haben. Als diese ihre Gesprächsbereitschaft verweigerte, blockierten die Bergleute den Zugang zum Unternehmenssitz und protestierten gegen den Abfindungsvorschlag sowie gegen die empfundenen Missstände der Korruption und Intransparenz behördlichen Handelns; nach Augenzeugenaussagen kam es dabei zu gewalttätigen Ausschreitungen mit erheblichen Sachschäden. Nachdem aus den nächsten Kreisstädten einrückende Polizeieinheiten von den Bergleuten umzingelt und außer Gefecht gesetzt wurden, schritten am 29. Februar schließlich Armeetruppen ein, die die Proteste gewaltsam auflösten; auf beiden Seiten soll es dabei Verletzte, aber keine Todesopfer gegeben haben. Etwa 20

bis 30 Bergleute sollen festgenommen und über die Stadt eine Ausgangssperre verhängt worden sein, die erst Ende März wieder aufgehoben wurde.

Der mit großer zeitlicher Verzögerung und auf Umwegen bekannt gewordene Vorfall reflektiert das explosive Potenzial der Reform der Staatsunternehmen, die bereits in den vergangenen Jahren wiederholt zu Arbeiterprotesten geführt hat (vgl. zuletzt etwa C.a., 1999/11, Ü 12, 1999/12, Ü 14). Die berichtete Teilnehmerzahl übertrifft hier allerdings die der bisher bekannt gewordenen Arbeiterproteste deutlich, die jeweils unter 3.000 lagen. Auch die beobachtete Gewalttätigkeit auf Seiten der Demonstrierenden wird von internationalen Kommentatoren als qualitativ neue Stufe von Arbeiterunruhen in der Volksrepublik gewertet. Allerdings sind Vergleiche und Einschätzungen der Entwicklung in diesem Bereich generell problematisch, da Informationen über solche Vorfälle nur vereinzelt und sporadisch nach Hongkong oder ins westliche Ausland gelangen und kaum verifizierbar sind. -hol-

17 Hinrichtung von elf muslimischen Untergrundaktivisten in der Autonomen Region Xinjiang

Nach offiziellen chinesischen Angaben wurden im März in der Autonomen Region Xinjiang elf muslimische Untergrundaktivisten hingerichtet. In zwei Urteilstgängen in den Städten Aksu und Baicheng waren sie am 10. und 11. März unter insgesamt 29 „Kriminellen und Separatisten“ wegen verschiedener Verbrechen, darunter auch Mord, zum Tode verurteilt worden.

Die erste Gruppe unter dem Anführer Maimaititu'erxun Sidike war beschuldigt worden, im August 1997 sechs Bergleute getötet und sich außerdem terroristischer und separatistischer Taten schuldig gemacht zu haben. Die zweite Gruppe, unter Aiheimaiti Amuit, wurde für schuldig befunden, im Jahr 1996 zwei Polizisten getötet sowie illegalen Waffen- und Sprengstoffhandel betrieben zu haben (SCMP, 20.3.00).

Die hohe Zahl der Todes- und anderer restriktiver Urteile reflektiert die explosive politische Situation in der

nordwestlichen Region, die in den vergangenen Jahren in fortgesetzten ethnischen Unruhen und terroristischen Anschlägen zum Ausdruck gekommen ist. Zuletzt war im Januar dieses Jahres von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Untergrundaktivisten und chinesischen Sicherheitskräften in Aksu berichtet worden (C.a., 2000/1, Ü 12). -hol-

18 Neue Nachrichten-Kolumne zu Rechtsfragen in der offiziellen Presse

Seit Mitte April gibt die Xinhua-Nachrichtenagentur eine neue Serie mit Nachrichten zu Rechtsfragen heraus, die in Zukunft wöchentlich erscheinen soll. Die neue Kolumne setzt sich zum Ziel, über aktuelle Ereignisse im Rechtsbereich zu berichten und einen umfassenden Überblick über die Entwicklung in diesem Bereich zu geben.

Die erste Folge innerhalb dieser Serie ist insofern interessant, als sie ein breites Spektrum relevanter Rechtsfragen abdeckt, die die gegenwärtige Diskussion in diesem Bereich relativ gut repräsentiert. Neben einer geringen Zahl von Meldungen, die in erster Linie eine Selbstlegitimierungsfunktion des noch fragilen Rechtssystems erfüllen (wie etwa die Nachricht, dass zwischen 1990 und 1999 insgesamt 3.632 Klagen von Bürgern gegen die Regierung angestrengt worden seien, von denen 832 erfolgreich gewesen seien), findet sich eine ganze Reihe durchaus informativer Nachrichten. Behandelt werden etwa kriminelle Delikte im Bereich des Drogen- und Menschenhandels, deren Ausmaß in den letzten Jahren stark zugenommen hat, die Untreue von Finanzmitteln im Rahmen des prestigeträchtigen, im In- und Ausland kontrovers diskutierten Dreischluchten-Staudamm-Projekts, oder die Missachtung von Feuerschutzbestimmungen, die landesweit wiederholt zu Unfällen mit erheblichen Personenschäden geführt haben. Es finden sich aber auch Nachrichten aus dem Bereich des Außenwirtschaftsrechts, wie etwa die Klage der französischen Firma Lacoste gegen eine Hongkonger Firma wegen Markenpiraterie oder eine Studie des Obersten Volksgerichtshofs zur Vorberei-

tung auf Rechtsfragen, die im Zuge des bevorstehenden Beitritts der Volksrepublik China zur Welthandelsorganisation auf die heimischen Rechtsinstanzen zukommen dürften (XNA, 16.4.00).

Nach wie vor kann im Bereich der Rechtsreform die größte Chance für eine nachhaltige Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen der VR China gesehen werden. Positive Wirkung dürfte hier weiterhin besonders der Umgang mit internationalen Rechtsstandards, sei es bei der Kooperation in der Verbrechensbekämpfung oder bei der Schlichtung außenwirtschaftlicher Streitfälle, entfallen. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

19 Forschungsplanung für 10. Fünfjahrplan

Die beiden großen Forschungsförderungsorganisationen Chinas, die Staatliche Stiftung für Naturwissenschaften und die Staatliche Stiftung für Sozialwissenschaften (*Guojia shehuike xue jijin*), haben damit begonnen, ihre Forschungsschwerpunkte für die Planperiode des 10. Fünfjahrplans (2001-2005) und ihr längerfristiges Forschungsprogramm bis zum Jahre 2010 aufzustellen. Wie der Präsident der Stiftung für Naturwissenschaften Chen Jia'er, der auch Mitglied der Chinesischen Akademie der Wissenschaften ist, mitteilte, sollen zum einen Forschungsgebiete Priorität erhalten, auf denen China in internationalen akademischen Kreisen bereits Anerkennung genießt, zum anderen sollen auch innovative Forschungsthemen gefördert werden. Zugleich wird interdisziplinäre Forschung unterstützt. Die Forschungsgebiete reichen von den neuen Technologien Biotechnologie und Informationswissenschaft bis hin zu mehr praxisorientierter Forschung, z.B. zu Problemen wie der Wasserversorgung Chinas im 21. Jahrhundert, der globalen Klimaveränderung oder der nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft. (Vgl. XNA, 13.4.00)

Zwar sind auch bei der naturwissenschaftlichen Forschungsförderung die Prioritäten des Staates zu erkennen, etwa wenn vornehmlich Prestige-Projekte und volkswirtschaftlich wichtige Projekte gefördert werden, aber trotzdem ist die naturwissenschaftliche und technologische Forschung in weitaus höherem Maße autonom, als dies bei den Geistes- und Sozialwissenschaften der Fall ist. Bereits organisatorisch fällt die Einwirkung der Partei auf, denn zuständig ist hier eine Nationale Führungsgruppe für geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsplanung (*Quanguo zhexue-shehuike xue guihua lingdao xiaozu*), deren Leiter Liu Yunshan zugleich stellvertretender Chef der Propagandaabteilung des ZK ist. Entsprechend ist zumindest ein Teil der ausgewählten Forschungsgebiete stark ideologisch ausgerichtet. So betonte Liu Yunshan, dass man bei der Begutachtung die „richtige Orientierung“ haben müsse, d.h. sich vom Marxismus-Leninismus, den Mao-Zedong-Gedanken und der Theorie Deng Xiaopings leiten lassen müsse. Unter den zu untersuchenden Forschungsthemen nannte er theoretische und praktische Fragen, die mit Chinas Reform- und Öffnungspolitik und der sozialistischen Modernisierung auftreten, insbesondere die Gesetzmäßigkeiten bei der Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaft, Politik und Kultur mit chinesischen Kennzeichen. Insgesamt soll die sozialwissenschaftliche Forschung der Entscheidungsfindung von Partei und Regierung sowie dem Aufbau der beiden Zivilisationen (d.h. der materiellen und der geistigen) dienen.

Auch konkrete Forschungsthemen wurden bekannt gegeben, z.B. die Vervollkommnung eines zur sozialistischen Marktwirtschaft passenden ideologisch-moralischen Systems, die Frage, wie die ideologisch-politische Arbeit zu stärken und voranzubringen sei, die Neuordnung der wirtschaftlichen Strukturen, der Aufbau West, die Reform der Staatsbetriebe, Innovation in Wissenschaft und Technik, Systeminnovation und Chinas Beitritt zur WTO.

Zugleich mit der Planung für den 10. Fünfjahrplan wurden auch die geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsanträge für dieses Jahr bei der Stiftung begutachtet. Insgesamt